Antrag

der Fraktion der CDU

Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs und Verbesserung der Einsatzfähigkeit

Der Landtag wolle beschließen:

1. a) Zweigeteilte Laufbahn

Der Landtag hält es für erforderlich, dass im gesamten Bereich der Landespolizei (Kriminal- und Schutzpolizei) in einem überschaubaren, klar definierten Zeitrahmen die zweigeteilte Laufbahn verbindlich umgesetzt wird. Die
Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern für den Polizeivollzugs dienst erfolgt ab dem Jahr 2003 ausschließlich im gehobenen Dienst, es muss sicher gestellt sein, dass auch Realschulabsolventen Zugang zum Polizeidienst des Landes haben.

- b) Der Landtag bittet die Landesregierung, bis zur Verabschiedung des Haushaltsplanes 2003 dem Parlament ein verbindliches Konzept zur Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn vorzulegen. Dieses Konzept soll neben einem verbindlichen Zeitrahmen für die stufenweise Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn auch eine Kosten- und Finanzierungsübersicht für die mittelfristige Finanzplanung enthalten.
- 2. Der Landtag hält es für erforderlich, dass die Landesregierung ein Konzept zur Attraktivitätssteigerung des Polizeiberufs vorlegt. Dieses Konzept soll insbesondere dafür Sorge tragen, dass im Bereich Südholstein junge Menschen sich für den Polizeiberuf in Schleswig-Holstein entscheiden und nicht in die Freie und Hansestadt Hamburg abwandern.

- 3. Der Landtag fordert die schrittweise Einrichtung einer ständigen zweiten Einsatzhundertschaft aufgrund der vielen besonderen Lagen in und außerhalb Schleswig-Holsteins. Diese Einsatzhundertschaft soll im Bereich Südholstein und an anderen Kriminalitätsschwerpunkten im Land neben dem Einsatz bei Sonderlagen auch für die Bekämpfung der Kriminalität eingesetzt werden, um den Einzeldienst zu entlasten.
- 4. Der Landtag bittet die Landesregierung, einen Modellversuch zur Einführung einer sogenannten "Wachpolizei" innerhalb der Landespolizei durchzuführen. Die Aufgabe dieser "Wachpolizei" soll vor allem in dem Bereich des Objektschutzes und anderer Schutzmaßnahmen angesiedelt sein. Die Bediensteten der Wachpolizei sollen sich im Angestelltenverhältnis befinden.

Klaus Schlie und Fraktion